

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Für die freie und faire Gesellschaft

Positionsschrift

von

Dr. Guido Westerwelle, MdB

Bundsvorsitzender der FDP

Berlin, 3. November 2003

Inhalt

1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9	I. Vom Verteilungsstaat zur Erwirtschaftungsgesellschaft	3
10		
11	II. Von der gleichen zur fairen Gesellschaft	4
12		
13	III. Freiheit hat nur eine politische Heimat: Die FDP	6
14		
15	IV. Mut zum großen Wurf	7
16		
17	V. FDP: Die neue Wende 2006	8
18		
19	VI. Die neue Wende organisieren:	12
20	Bürger bewegen, Unterstützer gewinnen	
21		
22	VII. Lebendige FDP	16
23		
24	VIII. FDP: Mit Macht für mehr Freiheit	17
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		
37		
38		
39		
40		
41		
42		
43		
44		
45		
46		
47		
48		
49		
50		
51		

Für die freie und faire Gesellschaft

I. Vom Verteilungsstaat zur Erwirtschaftungsgesellschaft

Deutschland ist ein starkes Land. Die Menschen im Westen haben mit Leistung und Fleiß nach 1945 ihr zerstörtes Land aufgebaut und das Wirtschaftswunder vollbracht.

Die Menschen im Osten haben 1989 mit Mut die DDR- Diktatur verjagt, die Freiheit erkämpft und sich selbstbewusst neuen Herausforderungen im wiedervereinigten Deutschland gestellt. Deutschland ist heute ein Land mit allen Chancen, denn die überragende Mehrheit der Deutschen ist geprägt von der Erfahrung, was der Wille zu mehr Freiheit und die Bereitschaft zu mehr Verantwortung bewirken können.

Deutschland ist in der Krise. Unser Land ist nicht in einer Konjunkturkrise. Deutschland ist in einer Strukturkrise. Darauf hat die deutsche Politik zu spät, zu wenig und zu oberflächlich reagiert. Die höchste Arbeitslosenquote, der höchste Schuldenstand, die größte Pleitewelle, kein Wirtschaftswachstum und erstmals eine reale Rentenkürzung seit Gründung der Republik sind das Ergebnis einer zutiefst ungerechten und unsozialen Verteilungspolitik. Deutschland ist so zum Schlusslicht der Europäischen Union geworden.

Der Verteilungsstaat ist am Ende. Er ist unbezahlbar geworden. Er kann nicht länger verbergen, was er nicht zu leisten vermag. Die Bürger spüren die Folgen mit immer schmerzhafteren Einschnitten und immer höheren Belastungen.

Die Kraft einer Gesellschaft zur grundsätzlichen Veränderung entsteht aus Furcht und Hoffnung. Immer mehr Bürger fürchten, dass Deutschland auf einer schiefen Ebene immer stärker und immer schneller abrutscht. Sie fürchten um Wohlstand und Chancen für sich und ihre Familien. Immer mehr Bürger wollen und brauchen Hoffnung, dass durch verlässliche und durchdachte Reformpolitik Chancen und Wohlstand neu gegründet werden. Wir stehen vor einer neuen Gründerzeit. Diese neue Gründerzeit ist die Zeit der FDP, wenn sie sich nicht auf Erreichtem ausruht, sondern sich abermals als programmatische Avantgarde versteht.

In früheren Zeiten ging der Veränderungsdruck oftmals von den politischen Rändern aus. Heute kommt er aus der Mitte der Gesellschaft. Der Veränderungsdruck aus der Mitte der Gesellschaft ist in der Politik noch nicht angekommen. Die aktuell geplanten Vorhaben der Bundesregierung sind keine wirklichen Reformen; sie sind eher eine Belastung für den Reformbegriff. Die aufgeregte Scheindiskussion um Trippelschritte täuscht darüber hinweg, welche gravierenden Veränderungen wirklich notwendig sind. Bisher wird nur an den Stellschrauben einer Verteilungsmechanik gedreht, obwohl die ganze Maschine schon längst nicht mehr funktioniert. Der Reformprozess ist noch nicht in Gang gekommen.

Die deutsche Politik denkt nicht zielorientiert, sondern ereignisorientiert.
Die deutsche Politik handelt nicht strategisch, sondern taktisch.

1 Die deutsche Politik arbeitet nicht für die nächste Generation, sondern für die
2 nächste Wahl.

3 4 5 **II. Von der gleichen zur fairen Gesellschaft**

6
7 Deutschland steht am Scheideweg. Die ersten beiden Jahrzehnte der
8 Bundesrepublik waren geprägt vom Erwirtschaften. So entstand das
9 Wirtschaftswunder. Dann folgten drei Jahrzehnte, die vom Verteilen geprägt waren.
10 Deutschland braucht jetzt wieder überlebensnotwendig eine Zeit des
11 Erwirtschaftens. Die FDP setzt sich diesen notwendigen Systemwechsel vom
12 Verteilungsstaat zur Erwirtschaftungsgesellschaft zum Ziel.

13
14 Der Verteilungsstaat erhob Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zu seinem obersten
15 Prinzip. Das Streben nach Gleichheit glitt schleichend in Gleichmacherei ab. Die
16 Fairness in unserer Gesellschaft blieb auf der Strecke.

17
18 Die Erwirtschaftungsgesellschaft ist frei und fair. In der Erwirtschaftungsgesellschaft
19 besinnen wir uns auf die Quellen des Wohlstandes: auf Leistungsgerechtigkeit und
20 Fairness. Der beste Weg zu mehr Fairness führt über mehr Freiheit. Die FDP macht
21 den Weg von der gleichen zur fairen Gesellschaft frei.

22
23 Der Verteilungsstaat hat das Verteilen vor das Erwirtschaften gestellt. Er hat
24 Mitmenschlichkeit und Verantwortung verstaatlicht und Leistung enteignet. Die
25 Verteilungspolitik schafft Probleme, die dann durch noch mehr Verteilung gelöst
26 werden sollen.

27
28 Es ist unfair, wenn immer mehr Menschen immer weniger netto übrig bleibt, weil der
29 Staat an immer mehr Menschen Geld verteilt. Fair ist, wenn Leistung sich lohnt und
30 Fleiß sich auszahlt.

31
32 Es ist unfair, wenn immer höhere Abgaben und Steuern Arbeitsplätze zerstören.
33 Fair ist, wenn Sozialpolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert.

34
35 Es ist unfair, wenn jemand mit viel Risiko und Fleiß eine Firma aufbaut, dafür in
36 Deutschland aber nur Neid erntet. Fair ist, wenn derjenige, der Besonderes leistet,
37 auch besondere Anerkennung erhält.

38
39 Es ist unfair, wenn Zumutbarkeit nur aus der Sicht eines Sozialhilfeempfängers
40 definiert wird, und so die Zumutungen für die Steuerzahler und die Beitragszahler
41 außer Acht geraten. Fair ist, wenn Sozialhilfeempfänger jede angebotene, legale
42 Arbeit annehmen müssen, auch wenn sie untertariflich bezahlt wird.

43
44 Es ist unfair, wenn Funktionäre und Politiker Tarifvorschriften durchsetzen, die es
45 den fleißigen Menschen verbieten, selbst über ihren Arbeitsplatz und über die
46 Zukunft ihres Betriebes zu entscheiden. Fair ist, wenn in den Betrieben entschieden
47 wird statt in den Funktionärszentralen.

48
49
50

1 Es ist unfair, wenn jeder einen Laden aufmachen kann, um Computer zu reparieren,
2 aber derjenige, der einen Laden aufmacht, um Schuhe herzustellen, einen
3 Meisterbrief braucht. Fair ist, wenn im Handwerk Regeln gelten, die Qualität sichern
4 und Selbständigkeit fördern.

5
6 Es ist unfair, wenn jemand, der 45 Jahre in die Rentenkasse gezahlt hat, genauso
7 behandelt wird, wie derjenige, der 35 Jahre eingezahlt hat, wenn beide mit 60 in
8 Rente gehen. Fair ist, wenn die Dauer der Beitragszahlungen und nicht ein
9 gesetzliches Renteneintrittsalter über die Rentenhöhe entscheidet.

10
11 Es ist unfair, wenn Frauen sich eine gute Ausbildung erarbeiten, aber als Mütter
12 nicht mehr arbeiten können, weil es nicht genug Kinderbetreuung und
13 Ganztagschulen gibt. Fair ist, wenn Frauen eine Wahl haben, ob sie Kinder und
14 Karriere vereinbaren wollen.

15
16 Es ist unfair, wenn ein unrentabler Steinkohle-Arbeitsplatz mit durchschnittlich
17 70.000 Euro jährlich subventioniert wird, während für die Schüler und Studenten
18 kein Geld mehr da ist. Fair ist, wenn der Staat in Zukunft investiert, statt
19 Vergangenheit künstlich zu verlängern.

20
21 Es ist unfair, wenn jemand seine Talente nicht entfalten kann, weil der Staat die
22 Schulen vernachlässigt. Fair ist, wenn der Staat in differenzierte Bildungsangebote
23 investiert, damit jeder seine Fähigkeiten voll entwickeln kann.

24
25 Es ist unfair, wenn ein 22jähriger Dachdecker mit seinen Steuern einem
26 22jährigen Studenten das Studium finanziert. Es ist unfair, dass den Gesellen der
27 Meisterbrief viel Geld kostet, während der Student den Magister-Titel vom Staat
28 bezahlt bekommt. Fair ist, wenn derjenige, der nach dem Studium
29 überdurchschnittlich verdient, auch einen Teil der Kosten seiner Ausbildung
30 zurückzahlt.

31
32 Es ist unfair, wenn Kranke in Deutschland nicht geheilt werden können, weil
33 Bedenkenträger die Bio- und Gentechnologie aus dem Land vertreiben. Fair ist, die
34 Freiheit und die Chancen der Forschung zu fördern.

35
36 Es ist unfair, wenn der Rechtsstaat so kompliziert und der Rechtswegstaat so
37 aufwändig ist, dass der Bürger sein Recht nicht mehr durchsetzt. Fair ist, wenn
38 Recht verständlich und Rechtswege kurz sind.

39
40 Es ist unfair, wenn immer mehr Kontrolleure die Steuerzahler überprüfen, während
41 gleichzeitig öffentliche Plätze zu rechtsfreien Räumen werden. Fair ist ein
42 Rechtsstaat, der sich zuerst um die Sicherheit und damit um die Voraussetzung für
43 die Freiheit der Bürger kümmert.

44
45 Es ist unfair, wenn zu schnelles Fahren kriminalisiert und Ladendiebstahl
46 gleichzeitig bagatellisiert wird. Fair ist, wenn der Rechtsstaat zuerst das Eigentum
47 und die Sicherheit der Bürger schützt.

48
49
50

1 Es ist unfair, wenn Gesetze und Verordnungen darüber entscheiden, wann ein
2 Laden geöffnet sein darf. Fair ist, wenn Ladenbesitzer darüber entscheiden, wann
3 sie etwas verkaufen wollen, und wenn Kunden darüber entscheiden, wann sie
4 etwas kaufen wollen.

5
6 Es ist unfair, wenn ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland einem anderen
7 Bundesland einen Ausgleich zahlen muss, weil dieses nicht erfolgreich
8 gewirtschaftet hat. Fair ist, wenn wir zum Nutzen der Bürger einen föderalen
9 Wettbewerb um die beste Wirtschaftspolitik oder die besten Schulen fördern.

10
11 Es ist unfair, wenn Politiker bei allen sparen, nur nicht bei sich selbst. Fair ist, wenn
12 Politiker mit gutem Beispiel voran gehen. Fair ist, wenn Politiker für ihre
13 Altersversorgung - so wie Freiberufler - selbst bezahlen.

14 15 16 **III. Freiheit hat nur eine politische Heimat: Die FDP**

17
18 Keine Partei hat so früh und so klar wie die FDP die nötigen Reformen für
19 Deutschland benannt. Wir haben als erste Partei öffentlich formuliert, dass es keine
20 Zukunft ohne die Bereitschaft zur Veränderung gibt. Die Wiesbadener Grundsätze
21 von 1997 sind Beleg für den liberalen Reformwillen. Sie geben die Richtung vor. Die
22 FDP wird ihrem Ziel gerecht, Bürgerpartei für das ganze Volk zu sein, wenn sie die
23 ethischen Grundlagen einer freien und fairen Bürgergesellschaft benennt. Das
24 Programm der FDP darf nicht als Summe von technischen Standortfaktoren
25 vertreten werden. Der ethische Anspruch liberaler Politik muss für alle sichtbar im
26 Vordergrund stehen.

27
28 Das ängstliche Schielen auf die Positionen anderer muss ein Ende haben. Keine
29 andere deutsche Partei hat unseren Gesellschaftsentwurf übernommen. Keine
30 andere Partei kopiert freie demokratische Politik: Eine Mehrheit von
31 Verteilungsfürsten verteidigt noch immer die alte Politik in Bundestag und
32 Bundesrat.

33
34 Die SPD leidet unter dem Gegensatz zwischen den Ansprüchen der Realität und
35 den Ansprüchen ihres Programms. Sie verweigert den Versuch, Programm und
36 Realität zusammenzuführen. Die SPD entfernt sich vielmehr in der
37 programmatischen Debatte und auch im Regierungshandeln von einem liberalen
38 Reformkurs: Sozialdemokraten führen Mindestlöhne ein, debattieren über eine
39 Ausbildungsplatzabgabe und wollen die Erbschaftssteuer erhöhen. Die SPD bleibt
40 in ihrer selbst gewollten Abhängigkeit von den Gewerkschaftsfunktionären. Das
41 Flächentarifvertragsrecht macht besonders deutlich, dass die Sozialdemokraten
42 kollektivistische Modelle gegenüber individuellen Lösungen vorziehen. Die SPD
43 hütet programmatisch den sozialdemokratischen Verteilungsstaat als Fluchburg
44 gegen die Realität der Regierungsverantwortung. Unverändert ist der SPD die
45 Gleichheit wichtiger als die Freiheit.

46
47 Die Union ist sozial- und wirtschaftspolitisch nicht nur zwischen CDU und CSU
48 gespalten. Die Entsozialdemokratisierung der Union ist in einem ungeklärten
49 Richtungsstreit gefangen. Maßgebliche Teile der Union sind für die Einführung einer
50 Zwangskasse unter dem Decknamen „Bürgerversicherung“. Die Sozialausschüsse
51 sind die Gewerkschaftsfunktionäre der Union.

1 Der Union ist es bis heute nicht gelungen, ein Gesellschaftsbild, das von Toleranz
2 geprägt ist, zu entwerfen; stattdessen bleibt sie ihrem konservativen Staatsbild
3 verhaftet. Der Zusammenhang zwischen der inneren Liberalität der Gesellschaft
4 und ihrem ökonomischen Fortschritt, zwischen stimulierender Toleranz und
5 Leistungsbereitschaft wird in der Union bis heute nicht anerkannt. Halbe Freiheiten
6 sind noch keine Freiheit. Der Union steht ihr Konservatismus in unseren Zeiten
7 geradezu im Weg. Wer über Globalisierung spricht, aber zugleich die damit
8 einhergehende Internationalisierung der Gesellschaft ausbremst, befindet sich
9 programmatisch noch nicht auf dem Marsch in die Zukunftstauglichkeit. Die von
10 weiten Teilen der Union verfolgte Renationalisierung der Politik mag gelegentlich
11 beim Publikum ankommen. Sie ist dennoch falsch.

12
13 Die Grünen haben von der FDP die Dienstwagen übernommen, aber nicht das
14 liberale Programm. Die Grünen sind nicht liberal, sondern wollen die Gesellschaft
15 als Besserungsanstalt organisieren. Sie stellen Autofahren unter steuerliche Strafe,
16 wollen preiswerte Flugreisen verbieten und sind für ein entlarvendes bürokratisches
17 Chaos beim Dosenpfand verantwortlich. Sie sind die Nein-Sager: bei
18 Umgehungsstraßen, beim Transrapid oder beim therapeutischen Klonen. Grüne
19 verregeln und verriegeln. Die Grünen errichten die geistige Blockade gegen den
20 technologischen Fortschritt. Die Grünen sind der natürliche Gegner einer
21 Freiheitspartei.

22
23 Die PDS ist unterwegs in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit. Sie wird sich
24 als Regionalpartei im Zwiespalt zwischen politischem Protest auf Bundesebene und
25 regionalem Regierungsanspruch nicht behaupten können.

26 27 28 **IV. Mut zum großen Wurf**

29
30 Deutschland braucht nicht nur eine ökonomische Standortdebatte, sondern eine sie
31 tragende gesellschaftliche Wertediskussion. Diese Regierungskoalition und Teile
32 der Unionsparteien wurden durch Standorterkenntnisse zum Handeln gezwungen.
33 Liberale Werte haben sie dabei nicht übernommen.

34
35 Die deutsche Politik darf sich nicht länger darauf beschränken, innerhalb der
36 bestehenden Staatswirtschaft prozentuale Veränderungen vorzunehmen. Das
37 überkommene Modell des Verteilungsstaates ist an die Grenzen seiner Wirksamkeit
38 gestoßen. Der alte Verteilungsstaat kann die neuen Herausforderungen nicht
39 bewältigen.

40
41 Die FDP steht für die Veränderung der Systeme anstelle der Veränderung in den
42 untauglichen Systemen. Freie demokratische Politik macht Mut zum großen Wurf.
43 Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wieder die Köpfe heben und zu neuen
44 Horizonten blicken.

45
46 Die FDP will die Maßstäbe politischen Handelns neu definieren. Diese neuen
47 Maßstäbe heißen: Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor
48 Staat.

49
50
51

V. FDP: Die neue Wende 2006

Die FDP will die neue Wende, den politisch großen Wurf statt Klein-Klein, die Freiheit vor der Gleichheit. Deswegen setzt sich die FDP im Interesse Deutschlands den Machtwechsel weg von Rot-Grün zum Ziel. Die FDP will die neue Wende spätestens im Jahr 2006.

Voraussetzung dafür ist:

programmatische Konsequenz
thematische Konzentration
personelle Kompetenz

1. Deutschland braucht eine neue Wende

Deutschland steht am Ende des Verteilungsstaates. Die FDP will die Wende zu einer neuen Erwirtschaftungsgesellschaft. Freiheit zur Verantwortung ist nicht nur ein Gebot der ökonomischen Vernunft, es ist das ethische Fundament der Bürgergesellschaft.

Die FDP wendet sich gegen die Fortsetzung einer Politik, die sich als Notreparaturbetrieb maroder Systeme versteht.

Die FDP steht für einen neuen Anfang durch den großen Wurf: die FDP will Freiheit vor Gleichheit, die FDP will Eigenverantwortung vor Anspruchsmentalität, die FDP will Erwirtschaften vor Verteilen stellen.

Wenn die Politik wieder den Mut hat, Ziele zu benennen, dann werden wir einen neuen Aufbruch erleben. Dieses verbindende blau-gelbe Band unserer Politik muss sichtbar werden. Unser Zukunftsentwurf, unser Gesellschaftsmodell und unser Lebensgefühl prägen die FDP. Der Tagespolitik, der konkreten Forderung muss stets das gesellschaftspolitische „Warum“ hinzugefügt werden.

2. Leistung braucht Belohnung

Unsere Gesellschaft braucht wieder die Kultur, Fleiß, Leistung und Anstrengung ihrer einzelnen Mitglieder anzuerkennen. Statt einer Neid-Debatte braucht Deutschland eine Anerkennungskultur. Wir müssen mehr Menschen motivieren, Risiken einzugehen und Chancen zu suchen. Deutschland muss Schluss machen mit einer Neidgesellschaft, die Fleiß unter steuerliche Strafe stellt.

Das bedeutet: Wir brauchen ein Steuersystem, das Leistung belohnt. Es geht nicht darum, dass bestehende Steuersystem zu verändern. Die FDP will einen Systemwechsel. Wir wollen drei einfache Steuersätze von 15, 25, 35 Prozent und die radikale Abschaffung steuerlicher Ausnahmetatbestände. Für den Arbeitnehmer muss die Steuererklärung auf eine Seite passen, die er selbst ohne Hilfe ausfüllen kann. Unser niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem ist nicht nur ökonomisch geboten; es ist das Steuersystem der freien und fairen Gesellschaft.

1 Freie Demokratische Politik fördert die Fleißigen, schützt die Schwachen und
2 bestraft die Faulen. Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit.

3
4 Das heißt: Grundsätzlich ist jede legale Arbeit für Sozialhilfeempfänger zumutbar.
5 Wer zumutbare Arbeit nicht annimmt, dem sollen sämtliche Leistungen gestrichen
6 werden, weil für Liberale die Eigenverantwortung vor der Umverteilung kommt.

7
8 Deswegen ist die FDP für ein Bürgergeldsystem, das Einkommensbesteuerung und
9 steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammenfasst. Das Bürgergeld ist die Brücke in
10 reguläre Erwerbsarbeit, weil es reguläre Erwerbseinkommen nur teilweise auf
11 Sozialleistungen anrechnet.

12 13 3. Fairness für die Generationen

14
15 Fair ist Politik nur, wenn sie fair zwischen den Generationen ist.

16 Die demographische Entwicklung und die politische Umverteilung innerhalb der
17 Sozialversicherung haben den Generationenvertrag in eine Existenzkrise geführt.

18
19 Politische Notoperationen ohne Systemwechsel sind untauglich. Sie sind unfair
20 gegenüber der jetzigen Rentnergeneration, weil sie in Ansprüche eingreifen, die die
21 Rentner im Vertrauen auf eine verlässliche Rente durch ihre Arbeit erworben haben.
22 Sie sind unfair gegenüber der arbeitenden Generation, weil sie bei den Beiträgen
23 weder Stabilität noch Entlastung bringen. Sie sind unfair gegenüber der jungen
24 Generation, weil sie soziale Sicherheit nicht zukunftstauglich machen. Was im
25 Gesundheitswesen „Jahrhundertreform“ genannt wird, hat Halbwertzeiten von zwei
26 bis drei Jahren. Die Pflegeversicherung trägt schon jetzt den Sprengsatz für die
27 Beitragssteigerung der Zukunft in sich.

28
29 Wir wollen Fairness zwischen den Generationen. Deswegen ist die FDP gegen die
30 Fortsetzung des Reparaturbetriebes und für einen Systemwechsel in den
31 Sozialversicherungen.

32
33 Deswegen ist die FDP dafür, das gesetzliche Renteneintrittsalter abzuschaffen.
34 Stattdessen soll die Zahl der Beitragsjahre über die Rentenhöhe entscheiden. Ab 45
35 Jahren durchschnittliche Beitragszahlung wird die Rente ohne Abschlag erreicht,
36 unabhängig vom Lebensalter. Deswegen will die FDP eine Altersvorsorge, die zur
37 Hälfte auf einer beitragsfinanzierten gesetzlichen Grundsicherung und zur Hälfte auf
38 einer privaten oder betrieblichen kapitalgedeckten Altersvorsorge beruht. Dadurch
39 schaffen wir gleichzeitig Rentensicherheit für die Älteren und schützen die jüngere
40 Generation vor Überforderung.

41
42 Deswegen ist die FDP dafür, die gesetzlichen Krankenkassen vollständig in private
43 Gesundheitsversicherungen zu überführen. Wir wollen an die Stelle der
44 Pflichtversicherung eine Pflicht zur Versicherung setzen.

45
46 Deswegen ist die FDP dafür, die gesetzliche Pflegeversicherung abzuschaffen und
47 durch eine private Pflegeversicherungspflicht zu ersetzen.

48
49
50
51

4. Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung

Freie Demokratische Politik steht für Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Dieser einfache Grundsatz gilt für Liberale in allen Bereichen des Staates und der Gesellschaft.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Jeder Bürger soll leben, wie er selber möchte, solange er damit niemand anderem schadet. Der Staat ist kein Zensor der privaten Lebensentwürfe. Nur in der toleranten Gesellschaft entsteht die Kreativität, aus der Spitzenleistungen entspringen.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Die Grenze staatlicher Zuständigkeit muss neu gezogen werden. Wenn es keinen zwingenden Grund für eine staatliche Zuständigkeit gibt, darf der Staat seine Bürger weder belasten noch belästigen. Deswegen fordert die FDP ein Privatisierungsgebot für Staatsbesitz, die Umstellung von Genehmigungsverfahren auf Anmeldeverfahren und die Befristung von wirtschaftslenkenden Gesetzen. Die FDP steht für Entstaatlichung statt Verstaatlichung. Nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern weil weniger Staat mehr Erfüllung durch Selbstbestimmung bedeutet.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Die Tarifautonomie ist kein Privileg von Verbänden und Gewerkschaften. Die Tarifautonomie muss zurückgegeben werden in die Hände von Arbeitnehmern und Unternehmern, von Betriebsräten und Geschäftsführern. Betriebliche Bündnisse haben Vorrang vor Funktionärsverträgen.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung heißt: Der Staat muss seinen Bürgern mehr Mitbestimmung in Schlüsselfragen zutrauen. Die repräsentative Demokratie soll politische Entscheidungen erleichtern, aber nicht die Souveränität der Bürger einschränken. Die Wahl des Bundespräsidenten braucht keinen Filter des Volkswillens durch die Bundesversammlung, sondern kann durch die Bürger direkt erfolgen. Auch über die kommende EU-Verfassung soll das Volk selbst abstimmen, denn jeder einzelne Deutsche wird mit den Regeln dieser Verfassung leben.

5. Wohlstand braucht Wissen

Freie Demokratische Politik steht für mehr Bildungschancen für alle Menschen.

Bildung als Bürgerrecht heißt: Jeder soll Zugang zur besten auf ihn zugeschnittenen Bildung, Ausbildung und Fortbildung erhalten. Der Geldbeutel der Eltern darf künftig nicht länger über die Chancen eines Kindes entscheiden.

Der Staat muss neue Ideen und mehr Geld in seine Bildungssysteme investieren. Die planwirtschaftliche Herrschaft der starren Bildungsbürokratie über Schulen und Hochschulen muss beendet werden. Nur echter Wettbewerb unter den Schulen und Hochschulen schafft den Anreiz für eine bestmögliche Bildung und Ausbildung unserer jungen Generation. Bessere Hochschulen heißt: Bekenntnis zu Eliten, Wettbewerb um Studenten zwischen den Hochschulen, bessere Studienbedingungen und schnellere Abschlüsse.

1 Bildung als Bürgerpflicht heißt: Wer zu lange studiert, muss Studiengebühren
2 zahlen. Wer berufliche Weiterbildung ablehnt, darf nicht auf Kosten der
3 Allgemeinheit leben.
4

5 Die FDP steht für Forschungsfreiheit statt Forschungsfeigheit. Deutschland kann es
6 sich nicht leisten, auf Forscher und auf Forschungsfelder der Zukunft zu verzichten.
7 Wir sind für Forschungsfreiheit und Forschungsfreundlichkeit. Das heißt: Die
8 Chancen der Gentechnologie haben Vorrang vor den Risiken.
9

10 Die Abwanderung der jungen Eliten aus Deutschland ist ein zentrales Thema der
11 FDP. Diese jungen Eliten suchen nicht nur bessere materielle Chancen. Sie wollen
12 sich vor allem besser entfalten und ihr Glück in einer freien Gesellschaft in die
13 eigenen Hände nehmen.
14

15 6. Für einen modernen Dienstleistungsstaat 16

17 Die FDP will den Staat neu gründen auf die Kraft seiner Bürger und die Kraft
18 vorbildlicher Politik. Der Staat muss dienen, nicht herrschen; er soll nützen, nicht
19 belasten. Der bescheidene Staat ist der starke Staat.
20

21 Die FDP stellt sich an die Spitze der Diskussion um institutionelle Reformen.
22 Deshalb tritt die FDP für die Reduzierung der Zahl der Bundesländer auf neun ein.
23

24 Der Staat muss sich dem Prinzip des Wettbewerbs stellen. Deshalb ist die FDP für
25 einen Wettbewerbsföderalismus. Die Länder brauchen einen Wettbewerb um die
26 besten Lebensbedingungen ihrer Bürger, bei Schulen genauso wie beim
27 Umweltschutz oder bei den Steuern.
28

29 Zum Wettbewerbsföderalismus gehören erkennbare Verantwortlichkeiten. Deshalb
30 ist die FDP für die Streichung der Gemeinschaftsaufgaben und die Abschaffung der
31 Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern.
32

33 Politik muss das vorleben, was politische Entscheidungen von den Bürgern
34 verlangen. Politiker sind Treuhänder der ihnen von den Bürgern anvertrauten
35 Steuergelder. Deshalb muss Politik sparsam sein. Deshalb ist die FDP dafür, dass
36 Politiker als gewählte Mandatsträger auf Zeit keine Pensionsansprüche erwerben,
37 sondern wie Freiberufler ihre Altersversorgung selbst regeln. Deshalb ist die FDP
38 dafür, dass die Höhe der Diäten nicht von den Parlamentariern, sondern durch eine
39 unabhängige Kommission beim Bundespräsidenten festgelegt wird.
40

41 7. Für eine konzeptionelle Außenpolitik 42

43 Deutsche Außenpolitik braucht wieder einen konzeptionellen Rahmen.
44 Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, europäische Einbettung und transatlantische
45 Partnerschaft sind vor der Amtsübernahme von Rot-Grün die Grundpfeiler
46 deutscher Außenpolitik gewesen. Sie haben Nachkriegsdeutschland zurückgeführt
47 in die westliche Wertegemeinschaft, sie haben die Deutsche Einheit in Frieden und
48 Freiheit ermöglicht.
49
50
51

1 Die deutsche Außenpolitik hat seit 1998 ihre Berechenbarkeit verloren. Sie betreibt
 2 europäische Achsenbildung in Gegnerschaft zum transatlantischen Bündnis. Sie
 3 spaltet Europa zwischen alt und neu sowie zwischen groß und klein. Europäische
 4 Einbettung darf nicht allein auf der deutsch-französischen Partnerschaft beruhen.
 5 Sie darf sich nicht als Abgrenzung zur transatlantischen Partnerschaft verstehen.
 6

7 Die deutsche Außenpolitik ist ereignisorientiert, reaktiv und schwankend. Das hat
 8 zum Bedeutungsverlust Deutschlands in der Welt beigetragen. Was CNN heute
 9 zeigt, gilt als wichtig; was unser Land morgen braucht, bleibt im Dunkeln. Fernseh-
 10 Außenpolitik ist kurzfristig. Deutsche Außenpolitik muss strategisch initiiert sein.
 11

12 Wichtige Zukunftsfelder sind nicht mehr Bestandteil der deutschen Außenpolitik:
 13 Wie stellt sich Deutschland ein auf die demographische Entwicklung der Welt? Wie
 14 lauten die geopolitischen Herausforderungen? Sind die jungen Gesellschaften die
 15 Wachstumszentren von morgen? Was sind unsere nationalen Interessen? Eine
 16 konzeptionelle Außenpolitik muss diese Fragen beantworten.

17 Die FDP macht eine der globalen Herausforderungen unserer Zeit, die Bekämpfung
 18 von AIDS rund um den Globus, zu einer Maxime außenpolitischen Handelns, so wie
 19 es die Präsidenten Bush und Chirac bereits heute tun. Die FDP will
 20 außenpolitischen Protektionismus abschaffen, der Entwicklungsländern den Zugang
 21 zu den Märkten der Wohlhabenden mit Zöllen versperrt und die Fairness des
 22 Wettbewerbs mit eigenen Agrarexportsubventionen verhindert. Die FDP will
 23 Freihandel, der nicht länger zu Lasten der Chancen Anderer auf dem Weltmarkt
 24 Teile der europäischen Landwirtschaft abschottet.
 25

26 Unsere Idee des liberalen Rechtsstaates beansprucht Gültigkeit auch für die
 27 Staatengemeinschaft. Eine Weltbürgergesellschaft braucht eine globale
 28 Rechtsordnung. Dazu gehören als äußerstes Mittel auch militärische Einsätze. Doch
 29 militärische Mittel dürfen außenpolitische Strategien nicht ersetzen.
 30 Bundeswehrosoldaten in immer größerer Zahl an immer mehr Orte zu entsenden und
 31 gleichzeitig der Bundeswehr die finanziellen Mittel für eine bessere Ausstattung zu
 32 verweigern, ist unverantwortlich.
 33

34 Die FDP lehnt eine Außenpolitik ab, die zur Wahl zwischen Frankreich und den
 35 Vereinigten Staaten zwingt. Wir wollen genauso wenig eine Außenpolitik, die
 36 unseren Kontinent in ein neues und ein altes Europa aufspaltet. Wir wollen eine
 37 Außenpolitik, die berechenbar ist, Deutschlands Interessen klar definiert und
 38 konsequent verfolgt.
 39

40 Die FDP muss die reaktive Außen- und Europapolitik von Rot-Grün stärker stellen
 41 und ihr eigene Konzepte entgegensetzen.
 42
 43

44 **VI. Die neue Wende organisieren:** 45 **Bürger bewegen, Unterstützer gewinnen** 46

47 Unabhängigkeit ist die Grundlage für Unverwechselbarkeit. Ein eigenständiges
 48 programmatisches Profil ist dafür erste Voraussetzung. Kreatives Politikmarketing,
 49 inhaltlich klar, unkonventionell und mutig, ist auch weiterhin gefordert. Das erreichen
 50 wir nur durch Professionalität und ein konsequentes Management unserer Politik.
 51 Dabei kommt dem Präsidium der Partei die Schlüsselstellung zu.

1 Alle gewählten Mitglieder des Präsidiums übernehmen als Politikmanager
2 Verantwortung für Themenfelder. Dazu gehört es, Kontakt zu den zuständigen
3 Bundesfachausschüssen, den Foren, den Arbeitskreisen der Fraktion, zu den
4 Gliederungen, zum liberalen Vorfeld sowie zu den Verbänden zu pflegen.

5 Als Führungspersönlichkeiten leiten die Präsidiumsmitglieder aus gesellschaftlichen
6 Entwicklungen Schlussfolgerungen für die Parteiarbeit ab, erarbeiten
7 Beschlussvorlagen für Gremien und stehen mit besonderer inhaltlicher
8 Verantwortung im Führungsteam in der Öffentlichkeit.

9
10 Nur wenn jeder für sich und jeder für alle die für Deutschland dringend notwendige
11 neue Wende 2006 als oberste Priorität sieht, werden wir das Ziel gemeinsam
12 erreichen.

13
14 Jeder in der Führung der FDP trägt eine eigene Verantwortung für den Erfolg. Wer
15 als Liberaler Defizite erkennt, darf sie nicht nur benennen. Er muss an ihrer
16 Beseitigung selbst und konkret mitwirken. Führungsmitglieder dürfen Lagen nicht
17 beschönigen oder verklären. Führungsmitglieder dürfen aber auch nicht
18 schlechtreden und demotivieren. Wer als Führungsmitglied andere kritisiert, um sich
19 selbst zu entlasten oder zu erhöhen, wird seiner Verantwortung für den
20 gemeinsamen, liberalen Erfolg nicht gerecht. Führungsmitglieder dürfen
21 diffamierende Stichworte des politischen Gegners nicht übernehmen, sondern
22 müssen sie zurückweisen.

23
24 Die Bundestagsfraktion der FDP steht ebenfalls in besonderer Verantwortung für die
25 inhaltliche Schärfe und mediale Wahrnehmbarkeit unserer Politik. Parteiführung und
26 Fraktion müssen deshalb eng miteinander zusammenarbeiten und Synergien
27 nutzen.

28
29 Die FDP wird Brücken zur Mitarbeit und zur Mitwirkung in die Gesellschaft bauen.
30 Als moderne und dynamische Partei sind wir attraktiv für alle Altersgruppen. Wir
31 wollen die unzufriedenen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sich derzeit in
32 zahlreichen Bürger-Konventen und Bürgerinitiativen versammeln, zum Engagement
33 in der Politik, nicht neben der Politik, einladen. Demokratie braucht Demokraten,
34 Demokraten brauchen Organisation, politische Organisation braucht Parteien.
35 Parteien wiederum haben eine Basis in der Gesellschaft nur, wenn sie nicht nur mit
36 ihrer Politik, sondern auch mit ihren Organisationsformen attraktiv für die Mitwirkung
37 der Menschen werben. Deshalb werden wir die Öffnung und Reform unserer Partei
38 fortsetzen.

39
40 Durch einen breiten und steten Dialog wurzelt die FDP tiefer in der Gesellschaft.
41 Menschen mit Mut zum öffentlichen und privaten Bekenntnis zur FDP sind wichtige
42 Botschafter liberaler Politik. Sie festigen das Ansehen der FDP in der Gesellschaft
43 und machen die Partei widerstandsfähiger gegen Kampagnen. Die FDP wird
44 Netzwerke um die Partei weiter wachsen lassen und fachliche Kompetenz und
45 öffentliche Prominenz nach innen und nach außen nutzen.

46
47
48
49
50
51

1 Dazu gehören:
2

- 3 • Stärkung der liberalen Organisationen (Vorfeld)
 - 4 • Aufbau einer bekennenden Prominenteninitiative
 - 5 • Kompetenzgewinn durch Berater aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft
 - 6 • Ausbau des Bürgerfonds-Netzwerkes
 - 7 • Öffnung der Fachgremien für externe Experten
 - 8 • Themen-Dialog der fachpolitischen Sprecher
- 9

10 Die FDP hat die Öffnung und die Reform der Parteiarbeit mit vielen Initiativen
11 eingeleitet. Dazu gehören der Landesverband im Internet ebenso wie die
12 Kampagnen-Mitgliedschaft, der Mitgliederentscheid oder die offenen Abstimmungen
13 über unser Wahlprogramm.
14

15 Die Öffnung und Reform der FDP, weg von der Gremienpartei und hin zur
16 Bürgerpartei, wollen wir fortsetzen. Als Bürgerpartei pflegt die FDP möglichst den
17 unmittelbaren und persönlichen Kontakt zu den Menschen. Wir wollen mehr
18 Möglichkeiten zur Mitarbeit auch für diejenigen Menschen schaffen, die an
19 Einzelthemen interessiert sind oder über einen begrenzten Zeitraum mitwirken
20 möchten. Dazu bieten wir eine zeitlich begrenzte Mitgliedschaft im Rahmen von
21 Kampagnen ebenso an wie die Möglichkeit zur Wählerregistrierung, um bei der
22 Kandidatenaufstellung für öffentliche Ämter vor Wahlen eine breitere
23 Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.
24

25 Die FDP verfügt durch das liberale Vorfeld bereits heute über ein vielfältiges
26 Angebot zur Mitarbeit. Diese Möglichkeiten, Menschen in ihren jeweiligen
27 Lebensumständen für die liberale Idee zu begeistern und zu gewinnen, wollen wir in
28 Zukunft noch stärker ausbauen. Dies gilt für den Mittelstand ebenso wie für soziale
29 Bewegungen, dies gilt für die Frauen ebenso wie für die junge Generation oder die
30 Senioren. Die Arbeit der liberalen Kommunalpolitiker hat in den vergangenen
31 Jahren erfreuliche Früchte bei der Verbreiterung der kommunalen Basis der FDP
32 getragen. Diesen Kurs werden wir fortsetzen.
33

34 Die FDP hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren bei allen Wahlen Zuwächse
35 erzielt. Bei der Bundestagswahl hat sie zwar an Stimmen und Mandaten hinzu
36 gewonnen, aber an Gewicht verloren. Die FDP hat in dieser Legislaturperiode keine
37 strategische Option in der Opposition. Deswegen ist es umso wichtiger, dass ein
38 koordiniertes Auftreten im Bundesrat die gewachsene Substanz in den Ländern zur
39 politischen Geltung bringt.
40

41 Bei der Bundestagswahl 2002 erreichte die FDP gegenüber 1998 ein Plus von 1,2
42 Prozentpunkten (Erststimmenzuwachs: 2,7 Prozentpunkte). Damit verbesserte sich
43 die FDP auch gegenüber 1994. Zeitgleich, am Tag der Bundestagswahl, erlangte
44 sie bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ein Plus von 3,1
45 Prozentpunkten, verfehlte allerdings mit 4,7 Prozent den Einzug in den Landtag. Bei
46 den folgenden Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen wurden mit
47 Zuwächsen von 2,8 und 3,2 Prozentpunkten die besten Landtagswahlergebnisse in
48 Hessen seit über 30 Jahren und in Niedersachsen seit 40 Jahren erreicht. Die
49 anschließende Kommunalwahl in Schleswig-Holstein brachte einen Zuwachs von
50 0,9 Prozentpunkten. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen erreichte die FDP ein
51 Plus von 1,7 Prozentpunkten, verfehlte aber mit 4,2 Prozent die landesweite Fünf-

1 Prozenzhürde. Durch das Überschreiten der Fünf-Prozenzhürde in Bremerhaven
2 konnte die FDP dennoch erstmals seit acht Jahren wieder in die Bürgerschaft
3 einziehen. Auch bei der nachfolgenden Kommunalwahl in Bremerhaven legte die
4 FDP um 4,4 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent zu und ist damit ebenfalls nach acht
5 Jahren erstmals wieder in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Bei der
6 Landtagswahl in Bayern gab es, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau,
7 einen Zuwachs von 0,9 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis war eine empfindliche
8 Niederlage für die FDP.

9 Bei der Kommunalwahl in Brandenburg konnte die FDP dagegen wieder deutlich
10 um 2,2 Prozentpunkte auf im Landesschnitt 6,3 Prozent zulegen.

11
12 Die letzten zweieinhalb Jahre einschließlich der Bundestagswahl und der
13 anschließenden Wahlen waren für die FDP insgesamt eine Zeit mit
14 Substanzgewinn. Die Zahl der Landtagsabgeordneten hat sich von 55 auf 112 mehr
15 als verdoppelt. Die FDP ist an fünf Landesregierungen beteiligt: Baden-
16 Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt. In
17 nunmehr zehn Landesparlamenten ist die FDP vertreten: Baden-Württemberg,
18 Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,
19 Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein.(Durch den Eintritt einer
20 Abgeordneten ist die FDP auch im Landtag von Sachsen vertreten.) Seit 2001 ist
21 die FDP in fünf Landesparlamente wieder zurückgekehrt: Berlin, Bremen, Hamburg,
22 Niedersachsen, Sachsen-Anhalt.

23
24 Auch wenn wir über das Ergebnis der Bundestagswahl gemessen an unseren
25 Erwartungen und Möglichkeiten enttäuscht waren, gibt es doch regional
26 bemerkenswerte Unterschiede und Aspekte, derer sich die FDP annehmen muss.
27 Einerseits hat sich die FDP mit über fünf Prozent in allen neuen Bundesländern als
28 eine von drei gesamtdeutschen Parteien etabliert. Aber die Entwicklung der FDP ist
29 in den Ländern sehr unterschiedlich. Bei der Bundestagswahl 2002 hat die FDP
30 trotz eines bundesweiten Zugewinns von 1,2 Prozentpunkten in Baden-
31 Württemberg (-1%) und Bayern (-0,6%) gegenüber der vorherigen Bundestagswahl
32 an Stimmen verloren und damit die überdurchschnittlichen Verluste bei der
33 Bundestagswahl 1998 fortgesetzt. Das legt nahe, dass die Arbeit der FDP auch
34 regional differenziert sein muss. Die FDP muss in regionalen Befindlichkeiten
35 wurzeln, sie muss sich auf die unterschiedlichen Milieus in Stadt und Land
36 einstellen.

37
38 Die weitere Stärkung der FDP beginnt bei den Kommunalwahlen. Der Ausbau der
39 kommunalen Basis macht die FDP wetterfest, kommunale Präsenz gibt ihr ein
40 sympathisches Gesicht vor Ort. Dort, wo die kommunale Basis aktiv ist, werden
41 bessere Ergebnisse auch bei Landtags- und bei bundesweiten Wahlen erzielt. Auch
42 deswegen ist das Wahljahr 2004 mit seinen 8 Kommunalwahlen von großer
43 Bedeutung.

44
45 Im Jahr 2004 starten wir bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Saarland,
46 Sachsen und Thüringen als außerparlamentarische Partei.

47
48 Auch bei der Europawahl wollen wir nach 10 Jahren wieder ins Europaparlament
49 zurückkehren. Die FDP hat eine große außen- und europapolitische Tradition. Bei
50 den Europawahlen wollen wir Europa zu einem Thema der Bürger machen. Wir
51 wollen die positive Faszination des gemeinsamen Europa vermitteln, ein Europa der

1 Bürger in Frieden und Freiheit, ein liberales Europa, das im Interesse der Menschen
2 arbeitet und einen Platz in den Herzen der Bürger findet.

3
4 Weil wir aus einer klaren europapolitischen Tradition kommen, müssen wir auch
5 kritische Entwicklungen offen benennen. Das blau-gelbe Band liberaler Politik für
6 Privat vor Staat, für Freiheit und Verantwortung, für weniger Bürokratie und weniger
7 Steuern, muss auch die erkennbare Leitlinie unseres Europawahlkampfes sein.
8 Wir wollen ein Europa der Bürger statt Bürokraten, wir wollen eine Europäische
9 Verfassung, die aktiv von den Bürgerinnen und Bürgern in einer Volksabstimmung,
10 wie in der Mehrheit der europäischen Staaten auch, zu ihrer eigenen Sache
11 gemacht wird. Die FDP muss bei der Europawahl zeigen: Wir können Europa
12 besser.

13 14 15 **VII. Lebendige FDP**

16
17 Attraktive Parteiarbeit heißt auch lebendige innerparteiliche Diskussion. Seit dem
18 Mai 2001 hat die FDP bis heute über 14.000 Eintritte zu verzeichnen. Knapp die
19 Hälfte davon ist jünger als 35 Jahre. Die FDP hat die Trendumkehr durch einen
20 deutlichen Mitgliederzuwachs erreicht, denn auch netto ist in diesem Zeitraum die
21 Zahl der Mitglieder von 62.892 auf 65.589 (Ende Oktober 2003) gestiegen. Im Jahr
22 2003 ist die Zahl der Mitglieder bisher allerdings rückläufig. Den 3.637 Eintritten seit
23 Januar 2003 stehen 4.250 Austritte gegenüber.

24
25 Der zu geringe Anteil an weiblichen Mitgliedern blieb bei 23 Prozent. Knapp 20
26 Prozent der Mitgliedschaft ist jünger als 35.

27
28 Freie Demokratische Politik wird für viele Mitglieder und Anhänger erst spannend,
29 wenn sie die Diskussion grundsätzlicher politischer Fragen im Orts- oder
30 Kreisverband erleben. Wir wollen Motor sein für ein neues Aufbruchgefühl.
31 Deswegen wollen wir auf allen Ebenen die „Lebendige FDP vor Ort“ mit einer
32 sachlichen Streitkultur und einer lebhaften, ergebnisoffenen Diskussionsbereitschaft
33 fördern. Wir setzen auf inhaltliche Pro- und Contra-Veranstaltungen in allen
34 Kreisverbänden.

35
36 Die Kampagnenarbeit hat dazu beigetragen, dass sich die FDP bei bestimmten
37 Schwerpunktthemen profilieren konnte. Die Kompetenz, die der FDP in der Steuer-
38 und Bildungspolitik zugeschrieben wird, ist auch dieser Konzentration auf klare
39 thematische Schwerpunktsetzungen zu danken. Diese Arbeit werden wir zur
40 weiteren Schärfung unseres programmatischen Profils und zur besseren
41 Erkennbarkeit vor Ort in enger Zusammenarbeit mit den liberalen Partnern
42 ausbauen.

43
44 Die finanzielle Konsolidierung der FDP ist nicht nur Voraussetzung für die weitere
45 Kampagnenfähigkeit der Partei – sie ist auch der innerparteiliche
46 Glaubwürdigkeitstest für unseren Anspruch, mit marktwirtschaftlicher und
47 finanzpolitischer Kompetenz zur Sanierung Deutschlands beizutragen. Im Jahr 2003
48 erreichen wir die finanzielle Trendwende. Erstmals seit 1994 wird der Haushalt der
49 Bundesgeschäftsstelle durch weitere deutliche Einsparungen im Sachkosten- und
50 im Personalbereich nicht überschritten, sondern voraussichtlich unterhalb der

1 Ansätze bleiben. Erstmals seit 1994 werden wir Schulden in einer Größenordnung
2 von mehr als 1,5 Mio. Euro abbauen.

3
4 Zu den wichtigsten Antworten auf die Finanz- und Organisationsprobleme gehören
5 auch neue Wege in der Parteiarbeit.

6
7 Mit dem FDP-Bürgerfonds, mit neuen Sponsoring-Konzepten, insbesondere aber
8 mit dem Liberalen Parteiservice, der gemeinsam von der Bundespartei und den
9 Landesverbänden getragen wird, wurde ein Angebot für gemeinsame Finanz- und
10 Organisationsdienstleistungen geschaffen, das heute von der Buchführung bis zum
11 Infostand für alle Gliederungen reicht.

12
13 Nur wenn wir die Finanzsituation dauerhaft stärken, können wir Kampagnen zu
14 Erfolgen machen und die Außenwirkung der Partei attraktiver gestalten. Wir werden
15 die Zeit in der Opposition bis zur erneuten Regierungsverantwortung spätestens im
16 Jahr 2006 nutzen, um die Kampagnenfähigkeit nach innen und außen zu
17 verbessern.

18 19 20 **VIII. FDP: Mit Macht für mehr Freiheit**

21
22 Die FDP ist die Partei mit dem Willen zur Freiheit und dem Willen zur Macht. Wir
23 wollen mit Macht mehr Freiheit und Fairness durchsetzen. Wir wollen mit
24 konsequentem Einsatz für Freiheit und Fairness die politische Macht in Deutschland
25 zurückgewinnen.

26
27 Ziel der FDP bleibt eine grundlegende Veränderung der Parteienlandschaft in
28 Deutschland mit drei gleich gewichtigen politischen Strömungen, die mit
29 unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung für die Grundwerte der Demokratie
30 stehen. Die FDP entscheidet sich im Zweifel für die Freiheit.

31
32 Die FDP will langfristig selbst um eigene Mehrheiten kämpfen, wie es vielen
33 anderen liberalen Parteien in Europa bereits gelungen ist. Dafür muss die FDP nicht
34 ihren politischen Standort oder ihre programmatische Ausrichtung ändern. Im
35 Gegenteil: Die FDP muss in einer sich liberalisierenden Gesellschaft Kurs halten
36 und kenntlich sein.

37
38 Kurzfristig will die FDP spätestens im Jahr 2006 die Ablösung der rot-grünen
39 Bundesregierung, die Deutschland in die schlimmste politische, wirtschaftliche und
40 soziale Lage seit Gründung der Bundesrepublik gebracht hat. Unser wichtigster
41 Koalitionspartner dafür sind nicht andere Parteien, sondern vor allem die Menschen
42 in der Mitte unserer Gesellschaft: Menschen, die durch Veränderung und Bewegung
43 mutig die große Chance ergreifen wollen, mit mehr Freiheit und weniger Staat die
44 großen Fragen unserer Gesellschaft zu beantworten.

45
46 Die FDP steht mit ihrer Tradition für die politische Mitte der Demokratie. Die FDP
47 wird ihren Standort nicht verändern, weil andere Parteien ihren Standort verändern.
48 Die FDP wird ihren Standort nicht nach der Distanz oder Nähe zu anderen Parteien
49 bemessen. Wenn andere Parteien einzelne Programmpunkte der FDP übernehmen,
50 ist das nicht Anlass für einen Richtungswechsel der FDP. Wenn andere Parteien
51 sich von der FDP entfernen, läuft die FDP ihnen nicht hinterher. Das ist die liberale

1 Unabhängigkeit, die wir meinen. Koalitionsaussagen stehen dem nicht entgegen.
2 Sie sind möglich, häufig auch nötig, aber nicht automatisch zwingend. Wenn sie
3 erfolgen, dann erst, wenn sie anstehen, aber nicht auf Vorrat. Wenn sie erfolgen,
4 dann aus der Sache heraus und nicht aus einem Lagerdenken.

5
6 Für die FDP gibt es keine Koalition in der Opposition. Dies ginge zu Lasten eines
7 befruchtenden demokratischen Wettbewerbes. Der koalitionspolitischen
8 Abhängigkeit folgt stets die programmatische Abhängigkeit. Liberale
9 Unabhängigkeit schließt aber Zusammenarbeit und Koordination der
10 Oppositionsparteien bei inhaltlicher Übereinstimmung in der Sache nicht aus. Die
11 sachliche Zusammenarbeit bei inhaltlicher Übereinstimmung ist stets geboten, wenn
12 dadurch zum Wohle der Menschen in Deutschland rot-grüne Politik korrigiert
13 werden kann. Die Sache, die inhaltlichen Positionen und Übereinstimmungen, sind
14 Maßstäbe unseres Handelns gegenüber anderen Parteien. Deswegen lehnen wir
15 eine fundamentale und destruktive Oppositionspolitik zu Lasten der Menschen in
16 Deutschland ab.

17
18 Die FDP ist nicht Teil eines Lagers, die FDP steht einem Lager gegenüber: dem
19 sozialdemokratischen Lagerdenken von der SPD über die Grünen bis hin zu Teilen
20 der Union. Alle anderen Parteien vertrauen überwiegend, wenn auch mit
21 unterschiedlicher Intensität, zuerst auf den Staat, und sie misstrauen den
22 Menschen. Sie vertrauen auf Bürokratie und misstrauen der Freiheit. Sie wollen
23 immer noch soziale Sicherheit durch Beschränkung und Einschränkung der
24 Leistungsbereiten erreichen. Doch ihre Rezepte führen in die heutige wirtschaftliche
25 und geistige Armut Deutschlands. Wer die Starken ständig fesselt, wird die
26 Schwachen nur noch schwächer machen.

27
28 Die FDP sortiert ihre Wähler nicht nach Zielgruppen. Wer immer nur an Zielgruppen
29 denkt, verliert seine Ziele aus den Augen. Wir wenden uns nicht an Zielgruppen,
30 sondern an Haltungen. Die FDP ist die Partei für alle im Volk, die ein selbst
31 bestimmtes Leben in einer freien und fairen Gesellschaft führen wollen. Der
32 Liberalismus ist in allen Bevölkerungsschichten zu Hause. Freiheit zur
33 Verantwortung ist eine Haltung, die unabhängig von Einkommensklassen,
34 Berufszugehörigkeit, Alter, Geschlecht oder Religion überzeugt. Die FDP will alle
35 erreichen, bei denen freiheitliche Werte und Verantwortungsbewusstsein in ihrem
36 persönlichen Leben an oberster Stelle stehen. Die FDP wendet sich an alle, die
37 bereit sind, mit Leistungsbereitschaft, Weltoffenheit und Toleranz für sich und für
38 andere das bessere Leben zu erreichen.

39
40 Die Bürgergesellschaft braucht die Bürgerpartei. Volksparteien orientieren sich am
41 Kollektiv, die liberale Bürgerpartei stellt das Individuum in den Mittelpunkt ihres
42 Handelns.

43
44 Wir sind der politische Arm der aktiven Bürgergesellschaft. Wir sind die liberale
45 Bewegung für alle, die etwas bewegen wollen. Wir sind keine Volkspartei mit
46 inhaltlicher Beliebigkeit, sondern eine Bürgerpartei mit klarer Ausrichtung, deren
47 Politik gut ist für das ganze Volk.

48
49
50

Anlage

Wahlen seit Mai 2001

	Ergebnis	Zuwachs
Kommunalwahl Niedersachsen 2001	6,2	1,6
Landtagswahl Hamburg 2001	5,1	1,6
Landtagswahl Berlin 2001	9,9	7,7
Kommunalwahl Bayern 2002	2,0	0,4
Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002	13,3	9,1
Bundestagswahl 2002	7,4	1,2
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2002	4,7	3,1
Landtagswahl Hessen 2003	7,9	2,8
Landtagswahl Niedersachsen 2003	8,1	3,2
Kommunalwahl Schleswig-Holstein 2003	5,7	0,9
Landtagswahl Bremen 2003	4,2	1,7
Landtagswahl Bayern 2003	2,6	0,9
Kommunalwahl Brandenburg 2003	6,3	2,2

Bundestagswahl 2002 nach Ländern

	Ergebnis	Zuwachs
Baden-Württemberg	7,8	-1,0
Bayern	4,5	-0,6
Berlin	6,6	1,7
Brandenburg	5,8	3,0
Bremen	6,7	0,8
Hamburg	6,8	0,3
Hessen	8,2	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	5,4	3,2
Niedersachsen	7,1	0,7
Nordrhein-Westfalen	9,3	2,0
Rheinland-Pfalz	9,3	2,2
Saarland	6,4	1,7
Sachsen	7,3	3,7
Sachsen-Anhalt	7,6	3,5
Schleswig-Holstein	8,0	0,4
Thüringen	5,9	2,5
Bund	7,4	1,2